

Umweltminister Backhaus vor Strafverfolgung: Wolfsabschuss im Visier

Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Backhaus steht vor strafrechtlicher Verfolgung nach Wolfsabschuss. Entscheidung steht bevor.



Nachrichten AG

Wiendorf, Deutschland - In einer brisanten Entwicklung im Fall des Wolfsabschusses in Mecklenburg-Vorpommern, plant die Staatsanwaltschaft Rostock, Umweltminister Till Backhaus anzuzeigen. Dieses Vorhaben folgt fünf Jahre nach dem Abschuss einer Wolfsfähe in Wiendorf bei Schwaan. Der Landtag könnte schon in der kommenden Woche über die Genehmigung zur Strafverfolgung entscheiden. Der Vorwurf gegen Backhaus beinhaltet, dass seine Entscheidung auf Vermutungen basierte, ohne angemessene rechtliche Grundlage, um eine reine Wölfin zu töten. Das unerlaubte Töten von Wölfen kann laut dem Bundesnaturschutzgesetz mit erheblichen Geldstrafen oder

Haftstrafen geahndet werden.

Die Ermittlungen gegen Backhaus dauern seit 2020 an und sind nun abgeschlossen. Der Minister hatte eine artenschutzrechtliche Genehmigung zur Tötung des Tieres beantragt, begründet mit der Gefahr von Hybridisierung. Er argumentierte, dass alle Fluchtversuche der Wölfin gescheitert seien und eine akute Gefahr bestanden habe. Entgegen dieser Argumentation stellt die Staatsanwaltschaft fest, dass keine akute Bedrohung durch die Wölfin vorlag und die Auffassung der Initiativen „Schützt die Wölfe“, die Anzeige erstatteten, trifft, dass der Abschuss gesetzlich nicht gedeckt war.

Diskussion über Regelungen zum Umgang mit Wölfen

Parallel zu den Vorgängen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich die Bundesländer kürzlich für schnellere Abschüsse von Problemwölfen ausgesprochen. Dies wurde während der Umweltministerkonferenz in Münster einstimmig beschlossen. Umstritten ist aber, dass für den Abschuss nach einem Riss von Weidetieren kein Gentest mehr nötig ist, was von einigen Kritikern als problematisch angesehen wird. Mit mehr als 1.000 gemeldeten Wolfsübergriffen auf Nutztiere im letzten Jahr und über 4.000 verletzten oder getöteten Tieren ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Oliver Krischer kommentierte den neuen Beschluss als „Durchbruch“ zur Verringerung von Konflikten zwischen Weidetierhaltung und Wolf.

Die neue Regelung ermöglicht es, Wölfe nach dem ersten Überwinden von Zäunen und der Führung eines Risses zu töten. Ein DNA-Test kann später durchgeführt werden, um den getöteten Wolf zu identifizieren. Kritiker, einschließlich Landwirten und Jägern, äußern jedoch Unzufriedenheit mit diesen Maßnahmen und fordern eindeutige Regeln für den Wolfsbestand.

Initiativen zur Förderung von Herdenschutzmaßnahmen

Details	
Vorfall	Umwelt
Ursache	Tötung von Wölfen, artenschutzrechtliche Ausnahmeregelung, politische Entscheidungen
Ort	Wiendorf, Deutschland
Schaden in €	50000
Quellen	• www.nordkurier.de • www.zdf.de • www.umwelt.niedersachsen.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de